



Beschluss der 30.Landesmitgliederversammlung (LMV) in Augsburg vom 20. bis 22. April 2012

Gewalt gegen Frauen verhindern

Präambel

Gewalt gegen Frauen ist in Deutschland und überall auf der Welt Alltag. 40.000 Frauen fliehen in Deutschland jährlich aufgrund von Männergewalt mit ihren Kindern in Frauenhäuser. Laut Bundesregierung ist jede vierte Frau in Deutschland mindestens einmal von körperlichen oder sexuellen Übergriffen durch einen Partner betroffen. Bei Einbezug von psychischer Gewalt haben sogar bis zu 40% der heterosexuellen Frauen Gewalterfahrungen in einer Partner*innenschaft. In Europa werden eine halbe Millionen Frauen jährlich sexuell ausgebeutet.

Auch Zwangsprostitution, Frauenhandel, Zwangsverheiratungen und Vergewaltigungen sind leider keine Einzelphänomene. Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter und reicht von Stalking bis zum Mord. Sie kann sich unter anderem in körperlicher, sexualisierter, psychischer und sozial interaktiver Gewalt äußern. Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen und wird entschlossen dagegen eintreten.

Häusliche Gewalt

Laut amtlicher Polizeistatistik waren allein in Bayern im Jahr 2009 ca. 17.500 Frauen von häuslicher Gewalt betroffen –die sehr hohe Dunkelziffer kann in der Statistik natürlich nicht berücksichtigt, jedoch darf sie bei der Thematik ausdrücklich nicht vergessen werden. Das bayerische Schutzsystem umfasst 38 Frauenhäuser und 33 Frauennotrufe, diese sind allerdings stark unterfinanziert. Frauenhäuser müssen sicher planen können und gut ausgestattet sein, deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, unabhängig von der wirtschaftlichen Lage oder der politischen Mehrheit im Parlament, niemals bei Frauenhäusern und Frauennotrufen zu sparen. Jeder von Gewalt betroffenen Frau muss geholfen werden können!

Viele Mitarbeiterinnen arbeiten ehrenamtlich, die meisten Einrichtungen sind auf weitere finanzielle Mittel durch Spenden angewiesen. Dieser Existenzkampf muss endlich ein Ende haben! Auch Männer können Betroffene von häuslicher Gewalt sein, auch Frauen können häusliche Gewalt ausüben. Laut Terre des Femmes sind allerdings in 80-90% der Fälle von häuslicher Gewalt Männer Täter und Frauen Betroffene. Die GRÜNE JUGEND Bayern wendet sich deshalb gegen Versuche der antifeministischen Männerrechtsbewegung, Männer als hauptsächlich Betroffene darzustellen.

jung. grün. stachelig.



Kein Recht am eigenen Körper

Weil ihre Gebärfähigkeit nicht als persönliches, sondern gesellschaftliches Gut angesehen wird, werden Frauen die Rechte an ihren eigenen Körpern symbolisch abgesprochen. Das Recht auf Verhütung und Schwangerschaftsabbrüche nicht zu gewähren greift dabei gewalttätig in die Körper und Psychen betroffener Frauen ein. Dabei sollte jeder Mensch das Recht auf einen freibestimmten Umgang mit Sexualität haben. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, Kondome, Femidome sowie Dental Damms als vor sexuellen Krankheiten schützende Verhütungsmittel für alle Menschen kostenlos, barrierefrei und anonym zugänglich zu machen. Ebenso müssen die Pflichtuntersuchung und die Rezeptpflicht für die Abgabe der Pille danach abgeschafft werden, sowie deren Zugang über persönliche ethische Einstellungen der Apotheker*innen hinweg, gerade im ländlichen Raum, sichergestellt werden. Umfassende, wertneutrale und verpflichtende Sexualaufklärung mit nicht-biopolitisch beeinflussten Informationen zur Eignung von Verhütungsmitteln für Menschen in verschiedenen Lebenslagen, in der Schule durch externe Fachkräfte muss im Rahmen des aktuellen Schulsystems gewährleistet werden. Desweiteren fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine staatliche Kostenübernahme sämtlicher Verhütungsmittel & -methoden für Frauen ohne oder mit geringem Einkommen.

Auch stellt sich die GRÜNE JUGEND Bayern gegen eine ledigliche Nicht-Strafbarkeit und die immensen Kosten von Schwangerschaftsabbrüchen. Alle Kassen sollten auch hier die vollen Kosten übernehmen müssen. Dass diese eine Frau alleine zu tragen hat, führt zu einer Benachteiligung derer, die diese nicht aufbringen können. Wir fordern, dass die in Deutschland seit Jahren angewendete Fristenlösung mit einer Möglichkeit zum Abbruch bis zum dritten Schwangerschaftsmonat nicht weiterhin rechtswidrig ist. Eine Legalisierung würde hier nicht nur die Realität anerkennen, sondern auch die heuchlerische bisherige Praxis beenden, die viele Frauen in Rechtsfertigungsdruck dafür setzt, eine Straftat zu begehen. Denn frei über den eigenen Körper und das eigene Leben entscheiden zu wollen, sollte keine Straftat sein!

Frauenhandel und Zwangsprostitution

Frauenhandel ist eine extreme Menschenrechtsverletzung. Betroffene Frauen verlieren die Selbstbestimmung über ihr Leben, da ihnen oftmals mit schwerer Gewalt Arbeits- und Lebensbedingungen aufgezwungen werden, die nicht ihrem Willen entsprechen. Auch hierbei gibt es eine sehr hohe Dunkelziffer. Die europäische Polizeibehörde Europol schätzt die Anzahl der Betroffenen innerhalb der Europäischen Union auf mehrere Hunderttausend ein. Es gibt unter anderem Menschenhandel in die sexuelle Ausbeutung (98% der Betroffenen sind weiblich), Menschenhandel in die Ehe und Menschenhandel in die Arbeitsausbeutung (56% der Betroffenen sind weiblich). Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass alle von Frauenhandel Betroffenen ein unbefristetes Bleiberecht erhalten und Verstöße gegen das Ausländer*innenrecht von Betroffenen nicht strafrechtlich verfolgt werden. Von Menschenhandel Betroffene dürfen wie alle anderen Menschen nicht abgeschoben werden!

Beschluss der 30. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Augsburg (April 2012)

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)



Derzeit besteht bei Betroffenen ohne Aufenthaltsrecht nur der Anspruch auf medizinische Notversorgung – die GRÜNE JUGEND Bayern fordert eine schnelle, unkomplizierte und kostenlose medizinische Versorgung von allen Betroffenen. Zudem sollten Kampagnen zur Sensibilisierung von Freier*innen in Rotlichtmilieus aufgestellt werden, die auf die Situation der Frauen, die in Zwangsprostitution arbeiten, hinweisen.

Mehrfachdiskriminierungen

Zu den besonders von Gewalt betroffenen Gruppen gehören unter anderem Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen mit Behinderung, Nicht-Heterosexuelle, Transgender, Prostituierte sowie obdachlose oder inhaftierte Frauen. Auch Mädchen und ältere Frauen sind besonders schutzbedürftig. Das Schutzsystem muss daher interkulturell geöffnet werden und auf die spezielle Situation der mehrfach diskriminierten Menschen eingehen. Die bayerische Staatsregierung muss endlich Maßnahmen dagegen ergreifen – dazu gehört die Finanzierung von mehr barrierefreien Zufluchtsstätten und die Zugangsgewährung zu Frauenhäusern auch für Frauen ohne Aufenthaltsrecht!

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert zudem, dass die etablierten Schutz- und Präventionsprogramme zielgruppenspezifisch auf die Bedürfnisse von den besonders von Gewalt betroffenen Frauen ausgeweitet werden.

Gewalt im Namen der Ehre

Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich gegen die Vorstellung, dass Frauen ihre Körper und ihre Sexualität nicht ihnen selbst gehören! Ein solches Verständnis von Familie und Geschlechterbeziehung, in dem Männer über Lebensentscheidungen von mit ihnen verwandten oder in Beziehung lebenden Frauen entscheiden dürfen, lehnen wir ab. Entgegen weit verbreiteter, rassistischer Meinungen sind solche Vorstellungen kein Problem einiger Bevölkerungsgruppen. Ein solches patriarchales Familienverständnis, dass die Freiheiten einzelner Menschen, besonders Frauen, unter den vermeintlich höheren Wert des Rufs oder der Ehre der Familie stellt existiert in großen Teilen der Bevölkerung, gleich welcher Herkunft. Somit stellt sich die GRÜNE JUGEND Bayern auch gegen jede Form von rassistischen Zuschreibungen, nicht nur, aber auch dagegen, dass das Problem der Gewalt aus einem falschen Verständnis von Ehre heraus auf einige Bevölkerungsgruppen abgeschoben wird.

Dabei hat dies überall fatale Auswirkungen: Frauen werden mit verbaler, psychischer oder physischer Gewalt gezwungen Beziehungen zu ihren Partner*innen zu beenden, Schwangerschaften ungewollt zu beenden oder weiterzuführen und Entscheidungen nicht freiheitlich zu treffen. Solche Formen können bis zur geplanten Tötung der Frau gehen, die sich diesen Grundsätzen nicht unterordnen will. Sehr verbreitet sind allerdings auch viel subtilere Formen verbaler Gewalt und psychischen Drucks, die die Unterordnung der Frauen unter die Vorstellungen ihrer Familie erzwingen wollen.

Beschluss der 30. Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern in Augsburg (April 2012)

(Bildquelle: pedestrianrex – Lizenz: CC BY-SA 2.0 – Bildlink: <https://secure.flickr.com/photos/pedestrianrex/2420997341/>)